

Protest der Hundefreunde im Rathaus

Dennoch deutliche Mehrheit für Leinenzwang

So voll waren die Besucherränge während einer Ratssitzung schon lange nicht mehr gewesen. Über 50 Hundefreunde saßen mit Transparenten auf den Zuschauerplätzen und verfolgten die Diskussion des Stadtrates über die Hundeverordnung. Vom Ergebnis waren sie enttäuscht. Der Rat hat die Einführung eines Leinenzwangs beschlossen.

„Mein Hund ist mein Freund“, „Auch Hundehalter dürfen wählen“, „Hunde retten Menschenleben“ und andere Argumente für einen liberalen Umgang mit Hunden hatten die Tierfreunde auf ihre Plakate geschrieben. Zumindest bei einer Reihe von Ratsmitgliedern haben sie einen Gesinnungswandel bewirkt. Das hat allerdings nicht gereicht, um den vom Unterausschuss empfohlenen Entwurf zu kippen. Neun Ratsmitglieder aus CDU, FDP und Alternativer Liste stimmten gegen den Leinenzwang, zwei enthielten sich, 24 votierten dafür.

Letztlich scheiterte eine Veränderung der Verordnung oder Vertagung der Abstimmung an der geschlossenen Haltung der SPD-

Mehrheitsfraktion. Für die SPD war das Thema ausreichend diskutiert. Als Zugeständnis an die Hundehalter haben die Sozialdemokraten der Stadtverwaltung den Auftrag mit auf den Weg gegeben, geeignete Plätze auszuweisen, auf denen Hunde frei laufen dürfen.

Das dürfen sie demnächst nicht mehr im Friedeburgpark, in den Gateanlagen, in den Seenparkflächen, im Stadtwald, im Hochzeitswäldchen beim Gymnasium, in der Fußgängerzone, auf dem Bahndamm und am Strand. Für einen Teil der Flächen bestand auch bislang schon ein Leinenzwang. Den hatte die Stadt als Grundstückseigner verfügt. Die Verordnung hat mehr Biss. Verstöße können mit einem Bußgeld belegt werden. Die Satzung tritt in Kraft, sobald sie im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems veröffentlicht worden ist, also in den nächsten Wochen.

„Überzogen“

Während die Befürworter des Leinenzwangs im Rat darauf verzichteten, die Gründe für ihre Auffassung darzulegen, listeten einige



Zahlreiche Hundefreunde protestierten mit Plakaten während der gestrigen Ratssitzung gegen den vom Rat beschlossenen Leinenzwang für Hunde. Dagmar Lorenz von der Tierschutzorganisation Pro Tier übergab Bürgermeister Ulrich Münzberg Listen mit 400 Unterschriften gegen die Verordnung. Foto: hes

Gegner ihre Bedenken auf. Der CDU-Ratsherr Herbert Eltner bezeichnete die Verordnung als „unnötig, überzogen und nicht praktikabel“. Hundehalter würden geängelt, kritisierte er.

Der FDP-Abgeordnete Jürgen-Christoph Gericke bemängelte die mangelnde Kompromissbereitschaft, die in der Verordnung zum Ausdruck komme. Hundebesitzer würden ausgegrenzt. Thomas

Bartsch von der Alternativen Liste stellte die Frage, ob Arroganz der Macht oder Unkenntnis Grundlage des Beschlusses seien.

Mehrere Hundefreunde kritisierten in einer anschließenden Diskussion auf dem Flur des Rathauses mit dem CDU-Ratsherrn Peter Möllenbeck, der sich als einziger Politiker dem Gespräch stellte, dass der Rat und seine Gremien die Argumente der Hundehalter

gar nicht zur Kenntnis genommen hätten. Die Verordnung sei oberflächlich vorbereitet worden. Fachleuten sei nicht das Wort gegönnt worden, beanstandeten die Hundefreunde und forderten, den Beschluss, der gestern Abend gefasst worden ist, wieder zurückzunehmen. hei

Zum Thema siehe auch den Bericht auf Seite 12